

Rundbrief 5

26.5.2005

www.wahlalternative.de

Initiative
**Arbeit & soziale
Gerechtigkeit**

ViSdP.: IASG Thomas Händel 90 762 Fürth, Königswarters16

"Wahlalternative" und "Initiative Arbeit & soziale Gerechtigkeit" rücken zusammen

Neue Qualität:

"Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit"!

Im ersten bundesweiten Treffen haben beide Initiativen vereinbart, eine gemeinsame bundesweite Organisation mit dem Titel "Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit" bis zum Sommer anzustreben. Deren Gründung mit der Bildung eines kommissarischen Vorstandes soll bei einem Treffen noch vor den Sommerferien entschieden werden.

Zwischenzeitlich haben sich bundesweit über 40 Regionalorganisationen beider Initiativen gemeinsam gegründet. Dies zeige, so Axel Troost und Thomas Händel von den Sprecherkreisen beider Organisationen "die hohe Bereitschaft vieler Menschen gemeinsam Alternativen gegen die herrschende 'Einheits'-Politik aus Berlin zu forcieren".

Rund 1 Million Zugriffe auf die Internetseiten beider Initiativen und rund 10.000 UnterstützerInnen bestätigten "das große Bedürfnis für eine Organisation, die Alternativen zur herrschenden Politik zusammenfasst". Ziel sei es als "politischer Arm" für die Anliegen von Sozial- und Umweltverbänden, Gewerkschaften, Friedensbewegung und Globalisierungskritikern zur Verfügung zu stehen. Außerparlamentarische Bewegungen und Initiativen für eine parlamentarische Vertretung seien deshalb kein Widerspruch, sondern "zwei Seiten ein und derselben Medaille."

Zur Vorbereitung der gemeinsamen Organisation wurden paritätisch besetzte Kommissionen zu Fragen der Programmatik, der Organisation, der Statuten und der gemeinsamen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit gebildet. Ende Juni sollen diese Vorarbeiten abgeschlossen sein und einer breiteren Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Ein erstes Aktionsprogramm steht dabei im Mittelpunkt. Dies wird die Basis für die Diskussion in den Regionalgruppen zur künftigen inhaltlichen Profilierung bilden. Hinsichtlich des Kontaktes mit prominenten Personen aus Politik und Kultur halten sich Troost und Händel bedeckt: "Wir bauen mit vielen eine Organisation auf, in der Menschen zu Wort kommen sollen – wenn sich Prominente anschließen wollen, heißen wir sie herzlich willkommen." Diesbezügliche Gespräche würden derzeit geführt.

Im Herbst soll eine Bundesversammlung einen Vorstand wählen und danach kann eine Urabstimmung über die weiteren Schritte eingeleitet werden.

"Blätter für deutsche und internationale Politik" 5/2004

Protestbewegung oder neue Partei?

von Detlef Hensche

Im gewerkschaftlichen Umfeld hat sich Anfang März eine Initiative "Arbeit und soziale Gerechtigkeit" gebildet. Nun soll im Juni über das weitere Vorgehen, namentlich über die Gründung einer Partei, beraten werden. In ihrem Aufruf treten die Initiatoren, mehrere IG-Metall-Bevollmächtigte aus Bayern und der Wirtschaftswissenschaftler Herbert Schui, für ein "Bündnis mit allen politischen Kräften und Personen ein, die sich für die Erhaltung und den Ausbau des Sozialstaats und für ein sozial gerecht finanziertes Gemeinwesen einsetzen". Aus dem Bündnis, so heißt es weiter, könnte eine "bei der nächsten Bundestagswahl wählbare soziale Alternative entstehen".

Die SPD reagierte prompt und im Stil des Pawlowschen Reflexes. Kaum dass der Aufruf veröffentlicht war, leitete sie Parteiordnungs-Verfahren gegen die Initiatoren - soweit SPD-Mitglieder - ein. Auch ließ der Vorwurf nicht lange auf sich warten, der Aufruf nutze nur der CDU. Die Verantwortung für die nächsten Wahlunterlagen ist damit schon heute, gewissermaßen präventiv, geklärt. Offenkundig liegen die Nerven blank.

Wohlgermerkt, noch ist allein zur Bildung eines sozialen Bündnisses aufgerufen, nicht zur Gründung einer Partei, wenngleich diese Perspektive eingeschlossen ist. Wenn bereits in diesem Stadium die Heilige Inquisition auf den Plan tritt, verrät dies, ganz im Gegensatz zur Aufbruchs-Proklamation des jüngsten Berliner Wahlparteitages, einen bemerkenswerten Verlust an Selbstbewusstsein. Das Echo mag selbst die Initiatoren überrascht haben.

Doch wie ernst auch immer die SPD die Bedrohung einschätzt - damit ist noch wenig über Sinn und Erfolgsaussichten des Projekts gesagt. Hier wird man differenzieren müssen. Auf der einen Seite springt die objektive Notwendigkeit einer Partei für Arbeit und soziale Gerechtigkeit ins Auge. Seit einigen Jahren liegt die wirtschaftspolitische, soziale und gesellschaftliche Entwicklung in den Händen einer faktischen Allparteien-Koalition. Alle im Bun-

(Fortsetzung Seite 3)

**Liebe Freundinnen
und Freunde,**

**Liebe Kolleginnen
und Kollegen,**

im heutigen Rundbrief - mit neuem Layout - Informationen zu einer Fülle von Terminen in neuer Qualität: WA & ASG rücken zusammen und bauen eine gemeinsame Organisation auf!

Dazu gibt es von Detlef Hensche nützliche und gute Anregungen.

Und Dieter Hooge gibt Hinweise für den weiteren Aufbau.

Wir danken ihnen und allen die sich engagieren.

Mit besten Grüßen Thomas Händel

Termine*Termine*Termine*

Nordrhein-Westfalen:

Wuppertal - 1.6.04: Regionaltreffen der Gruppe Bergisch-Land der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit

19:00 Uhr - Alte Feuerwache

Zweites Treffen der gemeinsamen Regionalgruppe Bergisch-Land der Initiativen "Wahlalternative" und "Arbeit und soziale Gerechtigkeit"

Mönchengladbach - 9.6.04: Erstes Regionaltreffen für Mönchengladbach der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit

18:30 Uhr - Großer Raum des PARI-TEAMS Gemeinnützige Gesellschaft für soziale Dienste, Friedhofstr. 39, 41236 Mönchengladbach

Oberhausen - 16.6.04: Regionaltreffen für Mülheim-Essen-Oberhausen (MEO) der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit

19:00 Uhr - DGB-Haus, Friedrich-Karl-Str. 24, Oberhausen

Erstes gemeinsames öffentliches Treffen der Initiativen "Wahlalternative" und "Arbeit und soziale Gerechtigkeit" für die Region Essen/Mülheim/Oberhausen

Hannover - 17.6.04: Regionaltreffen der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit

19:00 Uhr - Freizeitheim Vahrenwald, Kleiner Saal, Vahrenwalderstr. 92, Straßenbahnhaltstelle Drägerstr.

Erstes öffentliches gemeinsames Regionaltreffen der Initiativen "Wahlalternative" und "Arbeit und soziale Gerechtigkeit"

Schleswig-Holstein:

Schleswig - 26.5.04: Regionaltreffen Schleswig-Holstein-West der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit

19:00 Uhr - Gasthaus "Ruhekrug"

Organisations- und Aktionsvorschläge

von Dieter Hooge

Um mit den Initiativen asg / wa die politische Wirkung nachhaltig zu stärken, ist eine größere Präsenz in der Bundesrepublik erforderlich.

Es sollten weitere örtliche und regionale Initiativen gebildet werden, zum Beispiel in größeren Städten, Gemeinden und Kreisen und schließlich Koordinationsinitiativen auf der Ebene der Bundesländer. Alle, die einen Politikwechsel in Berlin, in den Ländern aber auch in Kommunen wollen, sollten von sich aus aktiv werden und nicht darauf warten, dass andere es tun. Im Internet unter den Adressen www.initiative-asg.de / www.wahlalternative.de kann man sich informieren sowie Namen und Telefonnummern finden, ob es in der Gegend schon Initiativen gibt. Ausserdem kann man Infos bekommen, was asg / wa wollen. Dazu kann man sich jeweils einen Flyer herunterladen, mit dem auch Unterschriften gesammelt werden können.

Nun kann es richtig losgehen:

Folgende Schritte, die man auch als Checkliste betrachten kann, schlagen wir vor.

Wie gründet man eine Initiative vor Ort und wie kann diese politisch wirkungsvoll arbeiten ?

1. Vorbereitungen (schon teilweise oben beschrieben)

1.1. Persönliche Ansprache von potenziellen MitstreiterInnen (zum Beispiel Menschen, die aus den Parteien ausgetreten sind). Wichtig: Unser Projekt ist nicht wie vieles „Männersache“ wir wollen, möglichst viele Frauen mit einbeziehen.

1.2. Gibt es öffentlich bekannte Personen, die mitmachen würden?

1.3. Arbeitsloseninitiativen einbeziehen, Sozialverbände, Initiativen und Organisationen

1.4. Herausfinden, ob es Organisationen, Initiativen und Personen gibt, die Arbeitsmittel zur Verfügung stellen können (Kopieren, Versand, Telefon, PC, Tagungsräume)

2. Vorbereitungstreffen

2.1. Zunächst mit 5 bis 15 MitstreiterInnen ein Vorbereitungstreffen zur Gründung einer örtlichen Initiative durchführen.

2.2. Ort, Uhrzeit und Termin des Gründungstreffens festlegen

2.3. Möglicherweise sachkundigen Referenten finden, der bei der Gründung der Initiative zum Beispiel über das Thema „Rot/Grün am Gängelband des Neoliberalismus – kein Ende in Sicht“ spricht.

2.4. Einladung formulieren oder Mobilisierungsflugblatt erstellen oder Einladung in die Initiativen-Flyer integrieren und verbreiten.

2.5. Telefonkette und/oder e-mail-Verteiler aufbauen und nutzen.

3. Öffentlichkeitsarbeit

3.1. Veranstaltungshinweis an örtliche Printmedien, Pressedienste, öffentlich-rechtlichen Rundfunk und freie Radios geben (Gründungsversammlung sollte auf jeden Fall öffentlich sein)

3.2. Presse explizit noch mal zur Gründungsversammlung einladen, ggf. Material zur Verfügung stellen.

3.3. Zur Mobilisierung für die Gründungsversammlung, zur Information über die politischen Ziele und Inhalte der Initiativen Informationsstände organisieren und gezielt bei politischen Veranstaltungen werben.

4. Gründungsversammlung örtliche asg / wa

4.1. Nach Eröffnung und Begrüßung Vorstellungsrunde, wer alles da ist (Teilnehmerlisten vorhalten)

4.2. Ein Referent kommt zu Wort (entweder politisch-inhaltliches Referat, Analyse rot-grüner Sozialkatalogschlag-Politik und/oder Initiativen asg / wa sind dringend erforderlich).

4.3. Offene Debatte unter dem Oberthema „Wir müssen ausserhalb der etablierten Parteien mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln den Kampf für eine soziale Gesellschaft auf Ebene der Kommunen, der Länder und des Bundes aufnehmen“. Durchaus mit der Fragestellung Initiativen für einen Politikwechsel oder ist auf den verschiedenen Ebenen die Gründung von Wahlalternativen sinnvoll und möglich.

4.4. Wahl von SprecherInnen der örtlichen Initiative (Anzahl muß örtlich entschieden werden, z.B. drei bis 5 Personen).

4.5. Weiteres Vorgehen, Terminplanung, eventuell Jour-fixe, zum Beispiel jeden ersten Montag mit Monat,

4.6. Kontaktaufnahme mit den Koordinatoren von asg / wa auf Bundesebene und Ebene der Bundesländer: Kurzbericht über die Gründungsversammlung und Bekanntgabe der gewählten SprecherInnen.

Noch ein paar kurze Bemerkungen:

Initiativen, Aktionsbündnisse, Vereine, Gruppen und Arbeitsgemeinschaften im Rahmen der sozialen Bewegungen und der NGO's gibt es schon viele. Eine örtliche Initiative asg / wa will und kann dies nicht alles in sich vereinigen, sondern tritt politisch inhaltlich klar und eindeutig begründet für einen Politikwechsel der rot-grünen Bundesregierung, aber auch für eine soziale Gesellschaft (Sozialstaatsgebot nach dem GG) ein. Und zwar auf den Ebenen der Bundesländer und der Kommunen.

Dabei wissen wir sehr genau, dass wir in unserem Land kein Ausgabeproblem haben im Hinblick auf die Erhaltung und Gestaltung des Sozialstaates, sondern ein gigantisches Einnahmeproblem, das die rot-grüne Bundesregierung noch einmal durch eine massive Umverteilung von unten nach oben mit ihrer asozialen Steuerpolitik verschärft hat.

Viele der oben genannten, schon vorhandenen Gruppen haben hinsichtlich ihres Zusammenhaltes und ihrer politischen Wirkungsfähigkeit ein Problem:

Oft machen wenige sehr viel oder wollen auch zu gerne alles selbst machen und zu viele werden nur unzureichend einbezogen. Aus solchen immer wieder gemachten Fehlern muß unsere Initiative lernen, und möglichst viele Aufgaben und auch Verantwortung auf viele Kolleginnen und Kollegen übertragen.

Hört sich einfach an, ist es aber nicht.

Trotzdem, wir müssen bei unserem neuen Projekt – und das ist wirklich was Neues in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland – versuchen, aus guten und schlechten Erfahrungen zu lernen.

In diesem Sinne: lasst uns an die Arbeit gehen und zwar mit Elan und Optimismus.

Regionaltreffen der Gruppe Schleswig-Holstein West der Initiativen "Wahlalternative" und "Arbeit und soziale Gerechtigkeit"

Lübeck - 8.6.04: Regionaltreffen in Lübeck nähere Angaben folgen

Erstes Regionaltreffen der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit in Lübeck

Heide - 11.6.04: Regionaltreffen der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit in Heide

18:00 Uhr - "Brockenhaus", Lerchenweg 3, Heide

Zweites Regionaltreffen der Initiativen Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit in Heide

Geesthacht - 15.6.04: Regionaltreffen

nähere Angaben folgen

Erstes Regionaltreffen der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit in Geesthacht

Neumünster - 29.6.04: Landestreffen der GruppensprecherInnen Schleswig-Holstein

18:30 Uhr - DGB-Haus

Zweites Landestreffen der GruppensprecherInnen in Schleswig-Holstein

Hamburg:

1.6.04: Regionaltreffen der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit

18:00 Uhr - Gewerkschaftshaus, Versammlungsraum A/B, ver.di, Ebene 9, Besenbinderhof 60 (3 Min. vom Hauptbahnhof)

Zweites gemeinsames Regionaltreffen der Initiativen "Wahlalternative" und "Arbeit und soziale Gerechtigkeit" in Hamburg

Sachsen:

Dresden - 2.6.04: Regionaltreffen der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit

17:00 Uhr - Dresdner Volkshaus, Schützenplatz 14, Raum 01, EG

Erstes gemeinsames öffentliches Treffen der Initiativen "Wahlalternative" und "Arbeit und soziale Gerechtigkeit" in Dresden

Niedersachsen:

Oldenburg - 2.6.04: Regionaltreffen der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit

19:00 Uhr - Carl von Ossietzky Universität, BIS-Saal, Eingang Bibliothek

Erstes öffentliches Regionaltreffen der Initiative "Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit" in Oldenburg

Göttingen - 11.6.04: Workshop der Regionalgruppe "Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit" beim Göttinger Sozialforum

16:00 Uhr - Evangelisches Studienhaus, Von-Bahrstr. 1

Workshop zum Thema "Möglichkeiten und Grenzen parlamentarischen Widerstands" im Rahmen der 2. Konferenz des "Göttinger Sozialforums"

Osnabrück - 11.6.04: Unmut über "Rot-Grün" wächst. Kommt eine neue Linkspartei?

19:30 Uhr - Lagerhalle - Café Spitzboden

Diskussionsveranstaltung mit Axel Troost (Initiator der Wahlalternative)

Göttingen - 14.6.04: Regionalgruppentreffen der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit

20:00 Uhr - DGB-Haus, Obere-Maschstr. 10.

Offenes Treffen der Regionalgruppe Göttingen der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit

Thüringen:

Erfurt - 7.6.04: Regionaltreffen der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit

(Fortsetzung von Seite 1)

destag vertretenen Parteien sehen in der Entfesselung von Markt und Wettbewerb durch Kostensenkung, Deregulierung und Rückzug des Staates die Lösung der sozialen und ökonomischen Probleme. Zu diesem Zweck werden arbeits- und sozialrechtliche Bindungen gelockert, wird die soziale Sicherung schrittweise privatisiert, zieht sich der Staat aus Einrichtungen und Leistungen der gesellschaftlichen Daseinsvorsorge zurück. Wir erleben den

Wettlauf um die Senkung von Steuern und Staatsquote und um vieles andere mehr.

Dabei entpuppt sich die derzeitige parlamentarische Konstellation aus der Sicht der Opfer als schlechteste aller denkbaren Optionen: Eine soziale Opposition findet nicht statt. Im Gegenteil: Was auch immer die Koalition an Deregulierungs-Projekten einbringt - die konservativ-liberale Opposition sattelt

noch drauf. So ist es kein Zufall, dass Qualität, Wucht und Tempo neoliberalen Ab- und Umbaus unter Rot-Grün binnen weniger Jahre ein Ausmaß erreicht haben, das den 16jährigen Vorlauf unter Helmut Kohl deutlich übertrifft.

Nach dem bekannten Ausspruch von Margret Thatcher steht TINA für „There is no alternative“.

Kein Wunder ist es auch, wenn unter diesen Bedingungen die Zahl der Nichtwähler/innen kontinuierlich wächst. Die CDU gewinnt ja die Wahlen nicht infolge absoluter Stimmenzuwächse, sondern weil sich potentielle SPD- Wähler/innen enthalten. Entgegen landläufigen Parolen muss dies auch durchaus keine Schande sein. Wenn der Bürger in Zeiten der TINA-Politik von der PDS abgesehen nur noch die "Wahl" zwischen vier kaum unterscheidbaren Formationen ein und derselben sozialen Wegelagererei hat, kann Wahlenhaltung zur politisch rationalen Entscheidung werden.

Es kann ebenso wenig verwundern, dass der Hinweis auf die angeblich noch schlimmere konservative Alternative zunehmend seinen Schrecken verliert und der Lockruf des kleineren Übels nur noch wenige überzeugt. Man muss schon, um ein aktuelles Beispiel aufzugreifen, sehr naiv und vergesslich sein, um etwa die Tarifautonomie bei Rot-Grün noch in besseren Händen zu wännen, ungeachtet allen derzeit von der CDU angezettelten Getöses: Den ersten Stein hat bekanntlich der Bundeskanzler geworfen ; erst nach der Androhung gesetzlicher Öffnungsklauseln in der Agenda-Rede beeilten sich CDU und CSU, Gesetzentwürfe vorzulegen.

Daher entbehrt es auch nicht einer gewissen Komik, wenn ausgerechnet aus der SPD der Vorwurf erhoben wird, eine neue Linkspartei nütze der CDU.

Wenn jemand Tag für Tag der konservativ-liberalen Opposition in die Hände spielt, dann die derzeitige Regierungsmehrheit. So erfolgreich könnte eine linke Alternative gar nicht sein, als dass sie die rot-grünen Morgengaben noch überbieten könnte, die CDU und FDP derzeit täglich erfahren.

Fehlende parlamentarische Alternative

Die Kehrseite jenes parlamentarischen "Konsenses" liegt auf der Hand: Die Alternative einer solidarischen Gesellschaft, die mit dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit Ernst macht, die auf staatliche Wachstumsimpulse und auf den Ausbau der gesellschaftlichen Infrastruktur setzt, anstatt Staat und Gesellschaft zu Tode zu sparen, die soziale Risiken gesellschaftlich auffängt, deren Menschenbild nicht durch Ich-AG, Eliten-Förderung und Hinnahme sozialer Ungleichheit geprägt ist, die vielmehr um den Zusammenhang zwischen Emanzipation, demokratischer Freiheit auf der einen und sozialer Vorsorge auf der anderen Seite weiß "- eine solche Alternative findet derzeit im Bundestag nicht statt. Dementsprechend spielt sie auch in den Medien bestenfalls eine stiefmütterliche Rolle. Angesichts eines solchen Defizits fehlt in der Tat eine Partei links von Rot-Grün.

Auch die PDS kann diesen Part nicht übernehmen. Sie hat ihre Funktion in den neuen Bundesländern, nicht zuletzt als Hort der Identifikation gegen die täglich schmerzenden Spuren westlicher Inbesitznahme. Doch das Projekt einer emanzipatorischen Entwicklung, die neben der sozialen Sicherung auch die freiheitlichen Chancen der gesellschaftlichen Veränderungen aufgreift, verheißt die PDS derzeit nicht. Zum Beleg muss man noch nicht einmal das rot-rote Trauerspiel im Berliner Senat und die dabei offenbarte Substanzarmut der PDS anführen. Es genügt, an das westdeutsche Wählervotum der letzten Bundestagswahl zu erinnern. Offenkundig gelingt es der PDS nicht, sich aus der Enge ostdeutscher Geborgenheits-Sehnsucht zu befreien.

Bleibt die Hoffnung auf eine Erneuerung der SPD. Doch die scheint nicht in Sicht. Wer sollte auch dafür stehen? Der neue Vorsitzende und sein General-sekretär wohl kaum. Eines muss man dem soeben abgetretenen Partei-vorsitzenden lassen: Er hat die Partei, soweit sie sich im Weltbild und Verhalten der Aktiven manifestiert, auf Kurs gebracht und auf die von ihm betriebene Politik eingeschworen. Der Mut, mit dem einzelne Abgeordnete und Funktionäre sich individuell auflehnen und verweigern, ist aller Ehren wert. Doch Abteilungen, Arbeitsgemeinschaften und andere Kräfte, von denen ein Kurswechsel ausgehen könnte, sind derzeit nicht erkennbar. Eine Erneuerung könnte aus heutiger Sicht nur von außen kommen. Selbst dazu bedürfte es erheblicher interner wie ex-terner Veränderungen; der Liebesentzug seitens der Gewerkschaften jedenfalls hat bisher keinen sonderlichen Eindruck gemacht.

Bei einer konkurrierenden linken Partei mag das jedoch anders sein - wie die aufgeregten Reaktionen unserer Tage vermuten lassen. Dabei sei freilich vor der Fehldeutung gewarnt, eine neue Linkspartei könnte sich auf die Rolle eines Katalysators zur Erneuerung der SPD

19:00 Uhr - "Zum Augustiner",
Michaelisstr. 32, 99084 Erfurt

Erstes gemeinsames öffentliches Treffen der Initiativen "Wahlalternative" und "Arbeit und soziale Gerechtigkeit" in Erfurt

Baden-Württemberg:

Rems -Murr-Kreis - 9.6.04: Regionaltreffen der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit

17:00 Uhr - Hanne's Imbissstübe, Nebenzimmer, Alfred-Klinge-Str.67, 73630 Remshalden

Erstes Regionaltreffen der Initiativen "Wahlalternative" und "Arbeit und soziale Gerechtigkeit" im Rems-Murr-Kreis.

Bayern:

München - 15.6.04: Regionaltreffen der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit

19:00 Uhr - Ort wird noch bekannt gegeben

Zweites öffentliches Treffen der Initiativen "Wahlalternative" und "Arbeit und soziale Gerechtigkeit" in München

Ansbach - 16.6.04: Regionaltreffen der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit im Westlichen Mittelfranken

19:00 Uhr - TSV Gaststätte am Stadion, Ansbach

Rheinland-Pfalz:

Koblenz - 8.6.04: Erstes Regionaltreffen der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit

19:00 Uhr - Medianladen im Kurt-Esser-Haus (2. OG), Markenbildchenweg 38, Koblenz (nahe Bahnhof)

Die LandeskoordinatorInnen und örtlichen AnsprechpartnerInnen finden sich aktuell unter:

Initiative-asg.de

und

wahlalternative.de

beschränken. Eine Neugründung, die sich - positiv wie negativ - über die SPD definiert, würde ersichtlich zu kurz springen. Kurzum, das Land braucht eine soziale und emanzipatorische Alternative - auch zum Wohle der Demokratie. Denn Enttäuschung und Resignation, die sich derzeit in Wahlenthaltung niederschlagen, können, durchsetzt von Abstiegsängsten, auch für rechts extreme Botschaften empfänglich machen.

Derzeit allerdings überwiegt ein anderes Verhalten: Der demokratische „Lümmel“ spielt schlicht nicht länger mit. Er kehrt der Regierung den Rücken und verweigert sich der Wahl. Er zeichnet nicht die Riesterreute, setzt immer noch auf die BfA, glaubt nicht an Hartz und Agenda und deren beschäftigungspolitische Erfolgsmächtigkeit, sieht im Wegfall des Kündigungsschutzes keinen Fortschritt, spart trotz Steuerreform statt zu konsumieren und ahnt angesichts unternehmerischer Leistungsnachweise von Esser, Ackermann und anderen, dass etwas aus den Fugen geraten ist und dass womöglich ganz im Gegensatz zur herrschenden Verzichtstheologie noch nie so viel zu verteilen war wie heute. .

Es sind nicht wenige, die sich mit ihren Interessen, Sorgen und Hoffnungen in der Politik nicht wiederfinden. Diese potentiellen Wähler/Innen wird im Blick haben, wer über eine neue Partei nachsinnt. Warum sollten sie nicht mit einer überzeugenden Alternative bewogen werden können, zu wählen, anstatt sich zu enthalten? Und ist es nicht gerade ein Vierteljahrhundert her, dass dieses Land eine durchaus erfolgreiche Neugründung erlebte, die der Grünen? Ist also die Zeit reif?

Gerade an diesem Punkt setzen jedoch die Zweifel ein. Noch fehlt das linke, also soziale und emanzipatorische, ökologische und weltoffene Projekt.

Erst die Vision einer besseren Zukunft schafft Identifikation, Anziehungskraft

und die Bereitschaft mitzuarbeiten. Ein solches Projekt lässt sich jedoch weder dekretieren noch am Schreibtisch oder in gelehrten Hinterzimmern entwickeln. Es kann nur das Ergebnis konkreter Auseinandersetzungen mit den Widersprüchen der herrschenden Politik, ebenso konkreter Konflikte und Aktionen und deren Verallgemeinerung sein. Wer den historischen Vergleich mag: Die Gründung der Grünen Partei stand am Ende, war gleichsam die Frucht eines vorangegangenen, gut zehnjährigen demokratischen Aufbruchs, die Folge auch einer Friedens-, Frauen- und Ökologie-Bewegung.

Um vergleichbare Ausgangsbedingungen zu erreichen, ist noch einiges zu tun. Verdross und Enttäuschung über Rot-Grün bieten jedenfalls noch keine aus-reichende Plattform für den Aufbruch. Man wird wohl mehr bieten müssen als ein bloßes Ventil für potentielle Protestwähler. Hinzu kommt: Die Basis, die eine neue Linkspartei im Blick haben muss, sind ja nicht die leichtfüßigen Wechselwähler/innen, die, aus welchen Gründen auch immer, die Fronten wechseln. Gedacht ist vorrangig an die wachsende Zahl langjähriger SPD-Wähler/innen, die sich mit Partei und Wahlaussagen identifiziert und eine politische Wende erwartet haben und die sich nunmehr verbittert abwenden. Nur macht man es sich vermutlich zu leicht, diesen über längere Zeit von der SPD überzeugten Wählern und Wählerinnen von heute auf morgen, ohne programmatischen Vorlauf, eine neue Identifikation bieten zu können. Die PDS hat dies zum Beispiel nicht geschafft, und zwar nicht nur aus den Gründen, die bereits erörtert wurden.

Arbeit am Programm

Die politische Botschaft der Initiative "Arbeit und soziale Gerechtigkeit" konzentriert sich derzeit noch auf die Themen Beschäftigung und Verteidigung des Sozialstaats, festgemacht an den Beispielen Steuern, Renten, Gesundheit, Bildung und Tarifautonomie. Der Text verrät eindeutig die Handschrift der Gewerkschafter.

Kein Zweifel, die Beschneidung sozialer Leistungen und Rechte löst derzeit die größte Empörung aus. In der Tat muss gerade eine linke Alternative einen Schwerpunkt darauf setzen, die sozialen Grundlagen unserer Gesellschaft zu erhalten und auszubauen. Doch das kann nicht alles sein. Ein gewerkschaftliches Programm für Sozialstaat und soziale Gerechtigkeit wäre zu schmal, um den Aufbruch in eine neue Zukunft zu signalisieren. Programmatische Verbreiterungen sind daher notwendig.

Tatsächlich werden unter anderem Werte wie Autonomie und Individualität größeres Gewicht erhalten müssen. In einem Punkt haben die Kritiker des Sozialstaats durchaus Recht: Wichtige Elemente sozialer und arbeitsrechtlicher Sicherung spiegeln in ihrer Fixierung auf abhängige Erwerbsarbeit und auf das Leitbild des kontinuierlichen, männlich dominierten Vollzeit-Arbeitsverhältnisses eine gesellschaftliche Realität von gestern wider.

Insofern sind Reformen überfällig - allerdings nicht solche des Abbaus, sondern jene der Ausdehnung sozialen Schutzes.

Dabei geht es um mehr als allein um zusätzliche Finanzierungsquellen, auch um mehr als um die Bürgerversicherung. Differenzierung ist angesagt. Die Frage lautet: Ist es eigentlich nur dem Mangel geschuldet, wenn Teilzeitarbeit zunimmt, diskontinuierliche Erwerbsbiographien und Beschäftigungswechsel Verbreitung finden? Ist die Delegation von Verantwortung im Arbeitsprozess nur die Leimrute zur Selbstausbeutung? Oder liegen in alledem nicht tatsächlich auch Chancen der Emanzipation, auch unter Nutzung immanenter Widersprüche jener Angebote?

Dies setzt jedoch voraus, dass arbeitsrechtlicher Schutz und soziale Sicherung auf andere Beschäftigungsformen, gegebenenfalls auch auf Arbeitsunterbrechungen, wie etwa Qualifikations- und Elternzeiten, ausgedehnt werden. Die gesellschaftliche Diskussion darüber steht allerdings noch aus.

Wer Arbeitslosigkeit überwinden will, muss Arbeit umverteilen. Geboten ist also das Gegen-

Medieninformation

Fürth / Kempten - 27.05.2004

SPD-Kritiker von Partei schwer enttäuscht -

ASG-Initiatoren bleiben der Anhörung vor der Landesschiedskommission fern

Die fünf bayerischen SPD-Mitglieder, die zu den Erstunterzeichnern der Initiative Arbeit und soziale Gerechtigkeit gehören, werden am kommenden Samstag nicht vor der Landesschiedskommission in München erscheinen. Der Termin wurde von Seiten der SPD festgelegt, ohne Rücksicht auf die beruflichen und persönlichen Belange der "Abweichler" zu nehmen - bezeichnend für den gesamten Umgang der SPD mit den internen Kritikern.

"Seit Eröffnung des Verfahrens", so der Fürther Thomas Händel, "wurde uns keine Gelegenheit gegeben, die Intentionen der von uns gegründeten Initiative ASG zu erläutern. Dazu bestand wochenlang und aus mehreren parteioffiziellen Anlässen in Mittelfranken Gelegenheit. Diese wurde ebenso wenig genutzt, wie das von uns anlässlich der Sitzung der Schiedskommission am 13.5.2004 angebotene gemeinsame Gespräch."

In ähnlich lautenden Schreiben sagen alle fünf Abweichler den Termin somit ab: "Wir legen - persönlich und politisch zutiefst enttäuscht - auf weitere Erörterungen dieser Angelegenheit keinen Wert mehr und erwarten eine Entscheidung nach 'sprachloser' Aktenlage." Dem, was die sieben Erstunterzeichner öffentlich in Ihren Stellungnahmen an die Landesschiedskommission geäußert haben, hätten sie weder etwas hinzuzufügen noch zurückzunehmen, so die fünf ASG-Initiatoren.

Auf die Frage seitens der Presse, ob durch das Verfahren die Gründung einer neuen Partei wahrscheinlicher werden würde, wiederholte Peter Vetter, was er schon im Zuge der Anhörung in Nürnberg erklärt hatte: "ob es eine neue Partei geben wird, wird vor allem von der Politik der SPD bestimmt und von den rund 5500 Unterstützern beider Initiativen". Auf einem Kongress im Herbst werden voraussichtlich offizielle Delegierte aus den Regionalgruppen über diese Frage entscheiden. "Der Umgang der SPD mit den Kritikern zeigt, dass diese Partei kein Ohr mehr für die Menschen im Land hat. Wer also etwas

verändern will, muss die Sache wohl selbst in die Hand nehmen", meint das Noch-Mitglied Thomas Händel.

"Fremdfabrikate" oder "Trittbrettfahrer"?

Dieser Zweifel kommt auf wenn in den letzten Wochen des öfteren homepages oder Info's auftauchen, die vorgeben mit der wahlalternative oder der Initiative Arbeit & soziale Gerechtigkeit zusammen zu arbeiten.

Natürlich wollen wir keine Aktivitäten abwürgen!

Aber wir wollen unsere gemeiname(n) Organisation(en) auch nicht für alles und jedes in Anspruch nehmen lassen!!!

Deshalb: Ausschließlich die Regionalgruppen die ihr auf unseren Internet-Seiten findet sind offizielle Gruppen von WA & ASG.

Weitere Regionalgruppen werden künftig ausschließlich von der Technischen Kommission autorisiert!

Klaus Ernst
Thomas Händel

Axel Troost
Irina Neszeri

teil von dem, was uns derzeit in einem Wettlauf kollektiven Wahnsinns angesonnen wird: In Zeiten der Arbeitslosigkeit denen, die Arbeit haben, längere Arbeitszeiten abzuverlangen, bedeutet, noch mehr Menschen den Zugang zur Arbeit zu versperren.

Ein neuer Anlauf zur Arbeitszeitverkürzung kommt freilich nicht umhin, den unterschiedlichen Bedürfnissen, Arbeitsanforderungen und Lebenslagen Rechnung zu tragen und folglich differenzierte Ansprüche auf selbstbestimmte Freizeit zu begründen. Jede Arbeitszeitverkürzung muss überdies flankiert werden von Einrichtungen und Anreizen, die Familien- und Reproduktionsarbeit zwischen den Geschlechtern gerecht zu verteilen. Eine Partei der sozialen Alternative wird aus dem Dunst männlicher Weltsicht heraustreten und der Geschlechterdemokratie hohen Rang einräumen müssen - nicht nur bei der Arbeitszeitgestaltung, sondern ebenso in Sachen Entgeltgleichheit und bei der Überwindung prekärer Beschäftigung.

Der Aufruf erwähnt die Bildungspolitik und fordert Chancengleichheit und eine bessere Ausstattung der Bildungseinrichtungen. Die weiter gehende Frage müsste jedoch auch auf das Menschenbild hinter den Bildungszielen gerichtet sein. Welche Anlagen sollen gefördert werden: mit Vorrang instrumentelle Vernunft und ökonomisch verwertbare Tüchtigkeit oder nicht auch gleichrangig musische Begabung, Phantasie und soziale Kompetenz?

Obwohl wir die PISA-Ergebnisse kennen, fahren wir fort mit Konkurrenz, Leistungsdruck und Punkte-Drill, noch dazu in verkürzter Schulzeit - und wundern uns über Verkrüppelungen und soziale Auslese.

Dass der Ausverkauf öffentlicher Güter gestoppt werden soll und Privatisierungen rückgängig zu machen sind, wird unter Linken kein Streitpunkt sein. Doch welche Gestalt öffentliche Einrichtungen im Interesse von Bürgernähe, Transparenz und demokratischer Teilhabe annehmen müssen, darüber wäre eine breite politische Debatte anzuzetteln. Öffentliche Einrichtungen stehen unter anderem für Versorgungsgerechtigkeit. Die Teilhabe an gesellschaftlich notwendigen Leistungen dagegen allein Markt und Kaufkraft anheim zu geben, erzeugt Ungleichheit. Diese wird von konservativer Seite unverhohlen eingefordert und auch vom neuen sozialdemokratischen "Gerechtigkeits"-Diskurs keineswegs ausgeschlossen.

Aufgabe der Linken müsste es deshalb sein, dem Gleichheitsgebot wieder Geltung zu verschaffen.

Jüngst erteilte uns das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung zum Lauschaergriff eine Lektion in Sachen Selbstbestimmung und Menschenwürde. Gleiches wäre im Bereich der Arbeitsvermittlung vonnöten. Die gänzliche Aufhebung der Zumutbarkeitssperre, also die Befugnis, Langzeitarbeitslosen das Arbeitslosengeld II selbst dann zu sperren, wenn sie unzumutbare Arbeit ablehnen, ist, vorsichtig formuliert, nicht weit von Zwangsarbeit entfernt. Man bedient sich des Modeworts "Kunde" und nähert sich den Armen- und Arbeitshäusern calvinistischer Provenienz. Hier hätte grundsätzliche Kritik am Menschen- und Gesellschaftsbild der herrschenden Agenda-Politik anzusetzen. Natürlich ist ein Aufruf (noch) kein Programm. Zu Recht ruft die Initiative deshalb primär zu einem sozialen Bündnis auf und schließt erst in einem zweiten Schritt eine „wählbare soziale Alternative“ ein. Aufgabe des Bündnisses müsste es tatsächlich sein, zur Debatte einzuladen, sich an konkreten Auseinandersetzungen zu beteiligen und an deren Verallgemeinerung mitzuwirken.

Erst auf dem Boden gesellschaftlicher Vorarbeit erwachsen programmatische Antworten, die Zukunft verheißen, bildet sich eine politische Kultur, die zugleich persönliche Anziehungskraft verspricht, und entsteht ein Mindestmaß an organisatorischer Stabilität und Kontinuität, ohne die politische Verbindlichkeit nicht zu haben ist.

Fehlt es an diesen Voraussetzungen, käme die neue Partei auf den Stelzen einer Honoratioren-Vereinigung daher, die sich noch dazu mit beachtlichem Aufwand des Zustroms der Sektierer aller Städte und Gemeinden zu erwehren hätte. In einem solchen Zustand wird man bei Wahlen schwerlich reüssieren.

Begreift sich die Initiative dagegen vorerst als Aufruf zur Sammlung im vorparlamentarischen Raum, könnte ihr durchaus Erfolg beschieden sein.

Letzte Meldung:

26. Mai 2004 - IG Metall startet erstes Arbeitnehmerbegehren in Deutschland

Frankfurt/Main - Die IG Metall startet am 1. Juni das erste Arbeitnehmerbegehren in Deutschland als Ausdruck des gesellschaftlichen Protestes gegen den Sozialabbau. „Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, die Sackgasse zu erkennen, in der Regierung und Opposition stecken“, sagte der Erste Vorsitzende der IG Metall, Jürgen Peters, auf einer Pressekonferenz am Mittwoch in Frankfurt. „Man wird diese Sackgasse nicht verlassen, indem man jetzt mit höherer Geschwindigkeit gegen die Wand fährt, sondern indem man endlich die Richtung ändert.“ Bis in den Herbst hinein werde die IG Metall für eine andere Reformpolitik werben und ein Votum in den Betrieben und der Öffentlichkeit sammeln, um es dann den politischen Parteien zu präsentieren.

„Der politische und ökonomische Mainstream spült derzeit alles weg, was nicht stromlinienförmig ins Konzept passt“, sagte Peters. Dem wolle die IG Metall mit dem Arbeitnehmerbegehren entgegenwirken und für ihre Alternativkonzepte in der Wirtschafts- und Sozialpolitik werben. Beispielhaft verwies Peters auf das Modell der Bürgerversicherung, bei der durch das Einbeziehen von Selbständigen und Beamten die gesetzliche Krankenversicherung auf eine breitere Basis gestellt werden soll. „Wir brauchen ein gesetzliches Rentenniveau, das Altersarmut verhindert“, sagte Peters und plädierte für eine Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge. In der Steuerpolitik sprach er sich für einen Eingangssteuersatz von 15 Prozent, einen Spitzensteuersatz von zumindest 45 Prozent sowie für die Besteuerung von großen Vermögen und Erbschaften aus.

Entschieden forderte er die Rücknahme der verschärften Zumutbarkeitsregelungen für Langzeitarbeitslose. „Damit werden schuldlos arbeitslose Menschen zusätzlich bestraft und entwürdigt“, sagte Peters. Er forderte eine offensive Beschäftigungspolitik und ein europaweit abgestimmtes Investitionsprogramm.

„Wenn wir jetzt nicht investieren, hinterlassen wir unseren Kindern ein Land mit maroder Infrastruktur, krankem Gesundheitswesen und rückständigem Bildungssystem.“ Wenn der Anschluss hier verloren gehe, werde sich das Industrieland Deutschland nie von dieser Hypothek erholen, warnte Peters.

Peters rief Verbände und Organisationen dazu auf, sich dem Arbeitnehmerbegehren anzuschließen. Er zeigte sich zuversichtlich, dass die Initiative der IG Metall auf breite gesellschaftliche Zustimmung stoßen werde. „Zum Aktionstag der Gewerkschaften am 3. April sind bei der größten Demonstration in Deutschland über 500 000 Menschen auf die Straße gegangen. Die Quittung, die wir der Politik mündlich gegeben haben, bekommt sie jetzt auch schriftlich.“ Der Eintrag in das Arbeitnehmerbegehren ist auch online über die eigens eingerichtete Internetseite www.arbeitnehmerbegehren.de möglich.

